

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Verlagsbüro Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e. V. m. B. G.“ Breslau.
Verlagsred.-Anschluß: Ring Nr. 6357.

Sonnabend, 5. November 1921

Anzeigenpreis: Die halbbillige Wilmmerzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienangelegenheiten, Verzeugs- und Veranlagungsangelegenheiten 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Wilmmerzeile, halbbillig oder deren Raum im Text 2.— Mk.

Zuspitzung der wirtschaftlichen Kämpfe.

Vor dem Generalfreitag in Berlin.

Berlin, 3. November.

Die gestrige Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission hat nach kurzer sachlicher Diskussion den Beschluß gefaßt, daß, wenn innerhalb dreier Tage im Gastwirts-gewerbe keine Verständigung zustande kommt, die gesamte Berliner Arbeiterschaft in den Generalfreitag tritt.

Die einstimmig angenommene Entschließung der Gewerkschaftskommission lautet:

Die am 2. November 1921 tagende Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission billigt die Maßnahmen, die der Ausschuß und die Vorstandsorgane im Interesse der Gastwirtsangehörigen getroffen haben.

Nach dem Bericht, der heute über die Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat und dem Reichsarbeitsminister abgegeben worden ist, ist zu hoffen, daß der Konflikt in drei Tagen beigelegt wird. Sollte diese Hoffnung wieder zuschanden werden, ist die Plenarversammlung fest entschlossen, auch das äußerste gewerkschaftliche Mittel, den Generalfreitag zur Anwendung zu bringen.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaften wird ermächtigt, falls nicht innerhalb von drei Tagen eine Verständigung erzielt ist, sofort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Generalfreitags zu tun.

Die Arbeiterschaft der Gemeindebetriebe Berlins zum Kampf entschlossen.

Berlin, 3. November.

Eine stark besuchte Vollversammlung der Funktionäre der Gemeindebetriebe Berlins nahm am Mittwochabend im Lehrervereinssaal auf Vorschlag des Gesamtbetriebsrates nachstehenden Antrag gegen wenige Stimmen an:

„Die Gemeindebetriebe feiern den 9. November durch Arbeitsruhe. Die Arbeiterschaft verzichtet auf die Bezahlung.“

Desgleichen wurde beschlossen, die Gewerkschaftskommission anzufordern, sich diesen Beschluß für die gesamte Berliner Arbeiterschaft zu eigen zu machen.

Für den abzuschließenden neuen Lohnvertrag wurde auf Vorschlag der Tarifkommission beschlossen, eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 3,50 Mark zu fordern. Weiter wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, der vom Magistrat die Ausbezahlung der geforderten Wirtschaftshilfe von 1000 Mark bis zum 10. November verlangt. Geschieht das nicht, so erfolgt bis zu dem Datum die Arbeitsniederlegung aller städtischen Arbeiter.

Große Lohnkämpfe im Rheinland.

Streit der Transportarbeiter in Düsseldorf.

Düsseldorf, 2. November.

Die Transportarbeiter sind am 2. November auf die ablehnende Haltung der Unternehmer in den Streit getreten. Die Arbeits Einstellung erfolgte auf der ganzen Linie: Die Lagerarbeiter und Mühlenspinner und Helfer, die Hafen- und Expeditionsarbeiter, die Kohlenarbeiter und die Kutscher in den Lebensmittelbranchen stehen im Streit.

Bevorstehender Streit sämtlicher Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter Düsseldorfs rücken zu einem großen Kampf. Die Belegschaften der größten Werke haben scharfe Resolutionen verfaßt und wollen einen einheitlichen Kampf führen. Die Rannemannbelegschaft hat auf Antrag der Vertrauensleute der SPD und USF eine 100-prozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Belegschaft sollte gestern morgen den Betrieb auf einige Stunden still und zog vor die Direktion, der sie ihre Forderungen stellte. Die Direktion hat ausreichend geantwortet. Am Freitag soll ein Schlichtungsausschuß entscheiden.

Solidaritätsstreik zugunsten der Duisburger Heizer und Maschinisten.

Die Maschinisten Düsseldorfs haben sich mit den Streikenden in Duisburg solidarisch erklärt und ein Ultimatum gestellt, welches am 3. November früh 9 Uhr abläuft. Sie sind gewillt, dann gleichfalls in den Streit zu treten. Der Streik der Heizer und Maschinisten in Duisburg wird mit verschärften Mitteln fortgeführt.

Massenauusperrungen in Bremen.

Die Zuteilung in Bremen hat ihre gesamte Arbeiterschaft angepörrt. Ueber die Werk „A. G. Weser“ ist wegen Nachregelungen die Sperre für Kupferschmelze verhängt worden. Auf der Werk „Atlaswerke“ ist ein Streik ausgeschrieben.

Gewohnungen durch die im wahnsinnigen Tempo sich steigende Lebensmittelpreuerung muß sich das deutsche Proletariat in allen Gegenden des Reiches gegen die Verschlechterung seiner Lebenshaltung zur Wehr setzen. Immer zahlreicher, immer erbitterter werden die ersten Kämpfe, und schon sehen wir, daß immer häufiger ganze Wirtschaftszweige zugleich in Bewegung kommen. Das Kapital, das

seine Offensive konzentriert und systematisch führt, zwingt die Arbeiterschaft, sich in immer größeren Massen den Unternehmern entgegenzustellen. Der Gedanke der Zusammenfassung und der Verbreiterung der Lohnkämpfe, der von vielen Reformisten noch bekämpft wird, bricht sich in der Praxis langsam, aber unaufhaltsam Bahn. So muß gegenüber dem konzentrierten Druck des gesamten deutschen Unternehmertums gegen die Organisation der Berliner Gastwirtsangehörigen, die Berliner Gewerkschaftskommission den Generalfreitag beschließen.

Im Industriegebiet von Rheinland-Westfalen ist ebenfalls eine Klärung in der Arbeiterschaft eingetreten, die sich in kurzer Zeit in gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entladen muß. Deshalb muß noch einmal von den Zentralleitungen der Gewerkschaften verlangt werden, daß sie durch Zusammenfassung all dieser Kämpfe sie zum Erfolg führen, damit nicht die Kraft des Proletariats durch lokale Bewegungen einzelner Berufsgruppen, die meist nur ungenügende Erfolge haben, vergeudet wird.

Das deutsche Proletariat muß sich auch darüber klar sein, daß es in seinem Kampf um mehr Brot nicht nur mit der wirtschaftlichen Macht des Kapitals zu tun hat, sondern mit den Machtorganen des kapitalistischen Staates, die immer öfter und immer offener zu Gunsten des Unternehmertums eingesetzt werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind zugleich auch politische Kämpfe. Die kommende Stinnesregierung bedeutet für das Proletariat eine ungeheure Bedrohung seiner Lebenslage. Deshalb gibt es nur einen Ausweg: den Klassenkampf, sowohl gegen das Unternehmertum, wie gegen jede kapitalistische Regierung.

Lebensmittelpnot und Ausverkauf.

Die Kehrtseite der Scheinkonjunktur und der kolossalen Geldentwertung zeigt sich in wahnsinniger Teuerung. In Angst- und Spekulationskäufen der Reichen und der Ausländer und in wunderlicher Zurückhaltung von Lebensmitteln. Die Kartoffeln steigen. Die Fettpreise klettern immer höher. In einer Reihe von Artikeln des täglichen Bedarfs, z. B. Wäsche, Kleider usw., findet ein förmlicher Ausverkauf statt. Das erfordert sofortiges Eingreifen der Arbeiter. Wie in der Steuerkampagne, muß in erster Linie in Gewerkschaften, Genossenschaften, bei den Frauen angefaßt werden. Gewerkschaften und Genossenschaften müssen zu sofortigen Schritten mobilisiert werden. Man muß auf Massendemonstrationen drängen.

In einem Rundschreiben der Zentrale an die Organisationen werden als die nächsten Forderungen nachstehende Punkte aufgestellt:

1. Sofortige Schaffung von Erfassungskommissionen in Stadt und Land, mit dem Rechte der Nachschau und der Beschlagnahme von Lebensmitteln sowohl bei Produzenten wie bei den Händlern, wie in Privathäusern. (Vertretung der Sanitarbeiter und Kleinbauern in diesen Kommissionen ist unbedingt erforderlich.)
 2. Strenge Transportkontrolle auf allen Eisenbahnen und Landstraßen durch die Betriebsräte der Eisenbahner und Transportarbeiter mit dem Recht, innerhalb des Rahmens allgemeiner Anweisung anzuhalten und zu beschlagnahmen.
 3. Planmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter durch die Gemeinden unter Aufsichtnahme des technischen Ausschusses der Konsumgenossenschaft. Den Konsumgenossenschaften ist das Monopol der Verteilung an die Bevölkerung zu übertragen. Sie müssen das Recht erhalten zur Beschlagnahme von Transportmitteln, Lagerstätten, Verkaufsstellen usw. Kleinhandwerker sind von ihnen zu befreien. Zur Kontrolle der Verteilung werden Konsumgenossenschaft aus der organisierten Arbeiterschaft (einschließlich der Ausbeuteten und unteren Beamten) gebildet. Für die einzelnen Provinzen und für das Reich ist eine Verteilungsausschüsse zu bilden.
 4. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Wachpolizei aus der organisierten Arbeiterschaft zu bilden. Verträge sind von Wuchererläufen abzuwehren, die aus organisierten Arbeitern zusammengesetzt sind.
 5. Die gesamte Ausfuhr ist in der Hand des Reiches zu konsolidieren. Kontrolle durch Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräte.
 6. Bekämpfung von Spekulationen durch Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung mit Sanitarbeiter- und Kleinbauern-Organisationen (Landwirtschaftliche Genossenschaften).
- Das sind Maßnahmen, die sofort durchgeführt werden müssen. Sie müssen ergänzt werden durch volle Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Arbeiterschaft, Kautionszahlung usw.

Wirtschaftliche und soziale Revolution.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst, nicht eine Krise innerhalb dieser Wirtschaft. Sie beruht auf einer tiefgehenden Deformation der ganzen Weltwirtschaft infolge des Krieges. Ihr Wesen ist das Zerfallen der kapitalistischen Welt in verarmte Teile: Ost- und Mitteleuropa — und in Teile, wo die Produktionsmittel und -möglichkeiten weit über die Absatzmöglichkeiten hinausgewachsen sind: Vereinigte Staaten, Japan. — Die gegenwärtige Krise ist eine Überproduktionskrise in den reichen, eine Unterproduktionskrise in den armen Ländern. Eine Lösung dieser Krise erscheint im Rahmen des Kapitalismus unmöglich. Der Versuch der verarmten Entente-Länder, sich auf Kosten der Wirtschaft Deutschlands aufzurichten, scheint undurchführbar, es findet sich keine Naturalkraft von Lieferungen, deren Empfang nicht einen Teil der französischen, belgischen oder englischen Wirtschaft zugrunde richten würde. Der andere Versuch, die in Amerika überflüssigen Produktionsmittel im Wege eines internationalen Kredits in die verarmten Länder Europas: Deutschland, Oesterreich, Polen usw., zu überführen, scheitert an dem Umstand, daß die amerikanischen Kapitalisten diesen Ländern — eben weil sie arm und weil sie revolutioniert sind — nicht kreditieren wollen.

Es bleibt für die Kapitalisten nur die eine, von jeher bewährte Methode, aus der Krise herauszukommen: die Last auf das Proletariat abzuwälzen. Dies geschieht in den reichen Ländern anders, als in den armen. In den reichen Ländern stellen die Kapitalisten die Produktion einfach ein, um die aufgehäuften Warenvorräte durch neue Waren nicht zu vergrößern, und diese vorhandenen Waren langsam an den Markt zu bringen. Die Folge ist eine Arbeitslosigkeit, wie sie die Geschichte des Kapitalismus noch nicht gesehen hat. In den Vereinigten Staaten gab es schon im Sommer nach den amtlichen Schätzungen („Economist“, Chicago, vom 30. Juli) zwischen 4,5 und 5 Millionen Arbeitslose, nachdem ihre Zahl bei Beginn des Jahres bereits 3 473 476 betragen hatte. In England gibt es beiläufig 2,2 Millionen Vollarbeitslose; von den Mitgliedern der Gewerkschaften waren schon Ende Juni nicht weniger als 23,1 Prozent ertwerbslos. Nicht mitgerechnet sind in diesen Zahlen die Kurzarbeiter, die über eine Million betragen. Derselben Verhältnisse finden wir in den „reichen“ neutralen Ländern (Schweiz, Holland, Skandinavien) mit hohem Wertigkeit Saluta. Auch hier ungeheure Arbeitslosigkeit. Zuerst Lohnherabsetzungen, die das Maß der vorübergehenden Verbilligung der Lebenshaltung weit übertreffen. Es ist hierbei wichtig, zu betonen, daß der Preissturz von der Bourgeoisie ebenfalls zur Ausbeutung der Arbeiter benutzt wird. So zeigt sich bei der Preisentwicklung in den Vereinigten Staaten folgendes Bild (aus den Angaben des Reichsarbeitsblatts):

Preisfall vom Höchststand bis April 1921:	
im Großhandel	43 Prozent
im Kleinhandel	34 Prozent
Kosten der Lebenshaltung	17 Prozent

Auf diese Weise werden die Lasten der Krise auf das Proletariat abgewälzt.

In den verarmten Ländern ist die Arbeitslosigkeit viel geringer. Hier vollzieht sich die Abwälzung in anderer Form, weil hier die Bourgeoisie die Produktion fortsetzen will und muß. Hier werden so geringe Löhne bezahlt, die mit der Teuerung absolut nicht Schritt halten. So schreibt beispielsweise der „Courier“, Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes, in seiner Nummer vom 22. Oktober:

Der Durchschnittslohn unserer amerikanischen Berufscollegen ist 30 Dollar pro Woche. Da 1 Dollar zur Zeit 140 Mark wert ist, erhalten die amerikanischen Kollegen einen Wochenlohn von 4200 Mark. Tatsache ist also, daß unsere beibehaltenen deutschen Berufscollegen noch nicht 10 Prozent der amerikanischen Entlohnung für gleiche Arbeit erhalten. Der Kampf um die notwendigen Existenzmittel darf also nicht nachlassen.“

Andererseits wird der bereits bezahlte Lohn durch den Staat, als vom Gesamtverwalter der Interessen der Bourgeoisie, nochmals gekürzt: direkt durch die Besteuerung des Arbeitslohnes (Lohnsteuer); indirekt durch die immer härtere Besteuerung aller Waren, die unmittelbar oder mittelbar in den Konsum der Arbeiterschaft eingehen (Umsatzsteuer, Kohlensteuer, Tabak-, Zucker-, Biersteuer usw.). Das Ergebnis ist, daß die reale Lebenshaltung der Arbeiterschaft um ein Drittel unter das notwendige Existenzminimum, auf beiläufig die Hälfte des Vorkriegsniveaus sinkt. Die Arbeiterschaft soll sich die zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft nötigen Güter abtun; der Arbeiter selbst, seine Familie, seine Kinder. Dabei aber soll er fest produzieren, überarbeiten machen, überstunden arbeiten. So, aus dem Lager der Arbeitgeber und ihrer hilflosen, hilflos-klopffüßigen ertübt immer häufiger der Ruf nach Abschaffung des Achtstundentages, der einzigen realen Strömung der Arbeiterrevolution, ein Aufstand! — Wagt man nur zu gern Gehör spenden auf diese

Weise soll die zerstörte Wirtschaft Mittel- und Osteuropas auf Kosten der Arbeiter wieder aufgebaut werden.

Wir sehen die Weltgeschichte kennt für alle Krankheiten ihres Gesellschaftssystems — sei es Ueberfluß an Reichtum oder unerträgliche Armut — nur eine Arznei: die Abwägung der Lasten auf das Proletariat.

Wird aber das Proletariat all dies dulden? Die kapitalistische Presse Amerikas stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Arbeiterschaft die Lohnherabsetzungen mit geringem Widerstand gefallen läßt. Die englische Presse berichtet, der Volkswirtschaft könne während des Kohlenarbeiterstreiks in England keinen Schaden gewinnen! Aber schon sehen wir, wie die Wirtschaft Englands durch die immer sich wiederholenden Streiks zerstört wird, wie lesen, daß auf eine Annonce, wonach in einem Holzgeschäft einige Arbeiter aufgenommen werden, 4000 Arbeitslose von allen Ecken und Enden herbeieilen, wir lesen, daß diese Arbeitslosen, nachdem sie erfahren, daß keine Arbeiter aufgenommen werden, das Geschäftsgelände mit Steinen bombardieren und wir lesen, daß einige Stunden später das Lager Feuer fing und abbrannte, wobei der Schaden eine Million Pfund beträgt. Die kommunistische Partei ist freilich noch schwach in England, aber die Lage der Arbeiterschaft ist eine solche, daß sie zur Revolution hingetrieben wird!

Und wie lange werden die Arbeiter Mittel- und Osteuropas ihre Not dulden? Wie lange wird der gegenrevolutionäre Einfluß der Gewerkschafter der 2. und 3. Internationalen noch genügen, die Revolution in dieser Periode der Krise des Kapitalismus aufzuhalten? Wie lange werden es die Arbeiter ihren bürgerlichen Führern noch glauben, daß eine Lösung dieser Krise innerhalb des Kapitalismus noch möglich sei, wenn selbst ernste, gesezte, bürgerliche Nationalökonomien daran nicht mehr glauben? Walter Febern, ein bürgerlicher Nationalökonom reicher Wassers, schreibt im „Osterr. Volkswirt“ am 26. Februar dieses Jahres:

Es ist keine Aussicht, daß die Krise, die über die Weltwirtschaft hereingebrochen ist, den Verlauf früherer Krisen nehmen wird. — Es mag Schwankungen im Verlauf der Krise geben, momentane Erholungen, die die Hoffnung auf Gesundung erwecken mögen, aber eine wirkliche Gesundung ist nicht möglich. Die Fortdauer und Verschärfung der Wirtschaftskrise wird die Arbeiter der Siegerländer auf den Plan rufen. Diese werden nicht ruhig zusehen, daß man die Löhne herabsetzt, weil die Preise der Industrieprodukte sie nicht betreffen. Sie werden nicht ruhig zusehen, daß immer neue Scharen von Arbeitern wegen der Absatzkrise beschäftigungslos werden. Am Ende dieser Krise steht die Auflösung der ganzen Gesellschaftsordnung, je nach dem Verlauf der Krise, je nach dem Temperament der Massen in einem Lande früher, in dem anderen später. Aber überall muß die soziale Revolution das Ende sein.

Febern ist kein Kommunist. Daher meint er weiter, daß aus der sozialen Revolution kein Sozialismus, sondern ein Rückfall in die Barbarei kommen wird. Wir aber hoffen, daß, wenn die Arbeitermassen sich rasch der kommunistischen Partei zuwenden, und der gegenwärtige labile Zustand der Gesellschaft rasch durch die Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab abgelöst wird, der Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung viel leichter vor sich gehen wird, als in dem isolierten, verarmten Rußland. Kein Rückfall in die Barbarei, sondern Aufstieg in die Freiheit winkt der Menschheit. Aber vorerst muß der Kampf ausgefochten werden.

Politische Uebersicht.

Ein abgetarntes Spiel.

Die „Germania“ schildert die Vorgeschichte der preussischen Regierungskrise und schreibt über die Bemühungen Stögerwalbs, die große Koalition zu schaffen:

Der Ausweg wurde gesucht und gefunden. Er war gangbar, wenn die politische Einsicht bei allen Beteiligten auf der Höhe der Zeitforderungen stand. Unter Wahrung des Beamtencharakters des gegenwärtigen Preußenkabinetts sollten zwei Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten, während der Volkspartei gegenüber die Verpflichtung eingegangen wurde, dieses Provisorium längstens bis zum Ende der parlamentarischen Weimarnachwahlen dauern zu lassen. Bis dahin, so dachte man, würden die parlamentarischen Gegenstände wieder etwas gemildert sein. Voraussetzung aber war, wie gesagt, die Wahrung des Beamtencharakters des bisherigen Ministeriums, d. h. politische Minister, die sie bisher nur von Demokraten und Zentrum gestellt waren, nicht Beamtenminister sollten für die zwei Sozialdemokraten Platz machen. Den Demokraten wurde

angetragen, das Ministerium des Innern abzutreten, während das Zentrum das Wohlfahrtsministerium hergeben wollte. Damit waren die Sozialdemokraten zufrieden, die Demokraten aber nicht. Sie wollten höchstens das Ministerium des Innern gegen das Antiministerium eintauschen.

Als die Demokraten nun sahen, daß ihr Wunsch unerfüllbar war, entschlossen sie sich, ihre Minister ganz aus dem Kabinett zurückzuziehen.

Das Ganze war also ein abgetarntes Spiel. Erst sollten zwei Sozialdemokraten eintreten, zwei Ministerposten sollten, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, für die Deutsche Volkspartei freigehalten werden. Zu Weihnachten wäre dann die große Koalition fertig gewesen. Die Regierungskrise ist nur deshalb gekommen, weil Dominicus sich nicht von seinem Ministerposten trennen wollte.

Immer wieder kommen Nachrichten darüber, daß die SPD-Führer sich schon mit der Stinnespartei geeinigt hätten. Stimmt das oder stimmt es nicht? Die Arbeiter können nicht länger dulden, daß ein so feilbes Spiel um ihre Interessen hinter ihrem Rücken gespielt wird.

Wo bleiben die Kartoffeln?

Von zünftiger Seite erfährt das „Berliner Tageblatt“: Seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist bezüglich der Lieferung der großen Not in Deutsch-Oesterreich, Tirol und Vorarlberg eine Ausführungsanweisung für 6000 Tonnen erteilt worden. In anderen Jahren wurde zur Ausfuhr nach Deutsch-Oesterreich eine erheblich größere Menge freigegeben. Es müssen dann auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in

Hilfe für Rußland!

Was der 4. September begonnen, was die Oktoberwoche fortgeführt, das muß der 7. Novemb. vollbringen:

Hilfe für Rußland!

Diesem Herbst an Frankreich 2700 und an Belgien 2500 Tonnen Saatkartoffeln geliefert werden. Seitens dieser Länder wurden in Anbetracht der dortigen schlechten Ernte ursprünglich erheblich größere Lieferungen verlangt. In langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, diese Forderungen auf die eben genannte Menge zu beschränken.

Der Betriebsrat der Eisenbahndirektion schreibt dazu: Die berechnigte Annahme besteht, daß der augenblickliche Salustand und die Prospekt der Agrarier und Schieber dieses so notwendigen Lebensmittels ins Ausland verschiebt, um sich die Taschen zu füllen. Der Bevölkerung Berlins ist es nicht möglich, sich mit diesem wichtigen Nahrungsmittel einzudecken, und sie muß zusehen, wie ungeheure Mengen durch gewissenlose Händler dem Auslande in die Hände gespielt werden.

Wenn die „zünftige Stelle“ nicht erklärt, zu welchen Preisen die Produzenten ihre Kartoffeln an die Westmächte abliefern, so wird kein Mensch glauben, daß wirklich nur die 5200 Tonnen Kartoffeln dahin geschafft werden, um so weniger, weil die Angaben des Betriebsrates auf ein viel größeres Quantum hindeuten, wenn er schreibt:

Von allen Seiten laufen bei dem Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahndirektion Klagen und Reklamationen darüber ein, daß ganze Züge voll Kartoffeln über Berlin nach Aachen und Köln laufen.

Das von den Eisenbahnern empfohlene Mittel gegen die Saboteure an der Kohlenförderung dürfte aber kaum einen Erfolg zeitigen, weil er nur verlangt: Um zu verhindern, daß nicht letzten Endes die Not der Bevölkerung zur Selbsthilfe treibt (d. h. daß mit Gewalt das Verladen und Abrollen der Waggons verhindert wird), verlangt der Bezirks-Betriebsrat das sofortige Kartoffel-Ausfuhrverbot.

Ein solches Verbot hat nur dann einen Sinn, wenn die Betriebsräte seine Durchführung überwachen und nötigenfalls mit der übrigen Arbeiterschaft zusammen dessen Befolgung erzwingen!

Der Dollar amtlich 192.

Nachdem der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Hugenberg im Kamen weiter kapitalistischer Kreise das Angebot der Kreditation zurückgezogen hat und da anzunehmen ist, daß der Industriekongress am 5. November das gleiche tun wird, hat das Reich von neuem an Kredit eingekauft. Der Dollar stieg von 181 um 8 Uhr auf 196 um 10 1/2 Uhr. Abdam zog er sich auf 192 zurück. Die amtliche Notierung lautet 191,95. Ein Wort eines deutschen Kapitalisten — und die Mark fällt. Können die Kapitalisten noch deutlicher zeigen, wie ohnmächtig ihnen gegenüber das „Reich“ ist?

Neue Preissteigerungen.

Die Vereinigung der Deutschen Schiffschiffahrtskanten hat den Ausschlag auf seine Fabrikate von 140 Prozent auf 200 Prozent erhöht.

Der Bindenverband in Hagen hat gleichfalls die Preise erneut in die Höhe geschraubt.

Der Kupferrohverband hat seinen Grundpreis um 200 Mark auf 400 Mark für den Doppel-er erhöht.

Der Wirtschaftsverband der Uhrindustrie beschloß, ab 1. November einen weiteren Preisausschlag von 50 Prozent eintreten zu lassen.

Mark wird im Kleinhandel mit 5 Mark, Butter mit 40 und Mehl mit 200 Mark bezahlt.

Die Vereinigten Steingutfabriken erhöhen ihren Feuerungszuschuß um 50 Prozent.

Die Vereinigung Deutscher Kerzenhersteller hat eine Erhöhung der Preise beschlossen, die teilweise das Doppelte der bisher geltenden Preise ausmacht.

Der Transmissionsbauberband will die bisherigen Preise für Transmissionsen mit sofortiger Wirkung „entsprechend den heutigen Gestehungskosten“ erhöhen.

Der deutsche Ausverkauf.

An der deutsch-dänischen Grenze.

Die Organisations der dänischen Industrie und des dänischen Handwerks haben den dänischen Staatsminister aufgefordert, infolge der „abnormen Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze“ Maßnahmen zu ihrem Schutze zu ergreifen. Infolge des starken Falls der deutschen Mark seien die dänischen Handwerker in Nordschleswig vollkommen erwerbslos geworden. Die nordschleswigsche Bevölkerung laufe nicht nur neue Handwerkerzeugnisse jenseits der Grenze (also in Deutschland) zu Preisen, mit denen von dänischer Seite nicht konkurriert werden kann, sondern es würden auch sämtliche Reparaturen an die deutschen Handwerker vergeben. Zum Beispiel wird Schuhwerk jedeweise zur Reparatur über die Grenze geschafft.

In Mitteldeutschland.

Die Handelskammer in Halle warnt in einer öffentlichen Erklärung vor Kaufanträgen der Ausländer. Der Anlaß dazu ist, daß, ähnlich wie in Westdeutschland, Warenmengen aller Art, namentlich Webwaren, in großem Umfange ausgekauft worden sind, wie es heißt, von Ausländern. In Halle und anderen Städten sind verschiedene Geschäfte so gut wie ausverkauft.

Deutscher Schleudereisport nach Schweden.

Die „Göteborgs Dagblad“ meldet, hat die Schwedische Wasserfallverwaltung an die schwedische Regierung den Antrag gestellt, die Einrichtung einer Äschlen-Gasstation in Deutschland bestellen zu dürfen. Das deutsche Angebot ist mit 10 000 Kronen berechnet worden, dagegen beläuft sich das Angebot der schwedischen Firma auf 25 000 Kronen.

Der weiße Terror in Spanien.

In der „Humanité“ veröffentlichte vor einigen Wochen der Genosse Bernard Lecocq eine Reihe von erschütternden Aufsätzen über den Weißen Terror in Spanien. Lecocq war selbst in Spanien und wurde als ausländischer „Sondalst“ verhaftet. Er hat die Drangsalierungen, die Folterung der Gefangenen in den Kertern, die Erschießungen auf dem Transport selbst miterlebt. Er faßt seine Eindrücke folgendermaßen zusammen:

„Im ganzen Lande hat der Weiße Terror den Charakter einer allgemeinen Offensive der Regierung und der Unternehmern angenommen. Überall leidet das Proletariat unter der Diktatur der Militärs und unter dem verschärften Belagerungszustand. Am schlimmsten aber ist es in Barcelona und in Katalonien. Hier sind unerhörte Verbrechen vorgekommen; erschreckend ist die Zahl der Attentate in den letzten sechs Monaten, die zugegeben worden sind,

Die Ziele der Werbeweche.

Von Fritz Heckerl

(Schluß)

Wenn die kapitalistische Produktion nicht genügend Profit abwirft, dann benutzt der Kapitalist jedes Mittel, um sich vor Schaden zu behaupten. Er wirft die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße. Er reizt die Preise für den Lebensbedarf der Massen. Er drückt den Arbeitelosen wieder, organisiert zu diesem Zwecke Ansperrungen, mobilisiert Streikbrecherbanden, bildet weingewaltige Verbände, von denen er revolutionäre Arbeiter erwidern und Arbeiterunternehmungen zerschandern läßt, um die Arbeiter einzuschüchtern. Die Arbeitslosigkeit über die Arbeitelosen sucht der Kapitalist zu reizen bei gleichzeitigen Lohnsenkungen. Der Arbeiterkampf wird außer Kraft gesetzt. Die Lebensmittel, die am unerschwinglichsten sind, werden besonders im Preise gesteigert. Die Produktion von Gütern, die keinen großen Profit bringen, wird gänzlich eingestellt. Wir sehen das am besten in der Textilindustrie der Rheinlande. Die Fabrikation von Teppichen ist für das arbeitende Volk nicht mehr rentabel. Strickwaren, Sänglingstücher werden gekürzt. Kleider, Jacken und Strickwaren werden den Arbeiter zu teuer. Durch rücksichtslose Steuererhöhungen nicht nur dem Arbeiter beträchtliche Teile seines kleinen Einkommens, um das besser zu bewerkstelligen, kauft der Kapitalist die Leistungen, bringt die literarische Produktion in seine Hände, stellt er Löhne von Agitatoren an zur systematischen Verführung der Arbeiter in einem ihrer Interessen unberücksichtigten Sinne. Auf die Organisation der Arbeiter, vor allem Dinge auf die Gewerkschaften, sucht der Kapitalist verzehrend einzugehen. Mit einem rassistischen System von Schmeichelei und Lüge sucht er die Organisationen von Kampf gegen den Kapitalismus wegzuführen oder sie dazu unfähig zu machen. Wo ihm dies nicht gelingt, versucht er sie gewalttätig zu zerstören. Arbeiterführer werden von den Kapitalisten gefürchteten

ein Demagogen unter der Arbeiterschaft großgezogen. Durch besondere Bevorzugung von einzelnen Arbeitern oder Arbeiterführern wird die Arbeitermasse zu zerpfüttern gesucht. Die Arbeitelosen werden gegen die Arbeitelosen, die Arbeitelosen gegen die Arbeitelosen angehetzt. In alle diese Dinge gibt es keine Ausnahmen, aber sie gibt es den einzelnen Arbeitern Arbeit zu verschaffen. Die allermeisten unserer Klassenkämpfer verstehen die Zusammenhänge dieser Dinge nicht. Sie leben in den Dörfern ihrer Zeit hilflos, sie fühlen sich wie ein Reiter in einem Urwald. Ihr Erkennen wird verhindert oft durch die Organisations, denen sie sich zu ihrem Schutze anvertrauen haben. Das braucht nicht aus Boshheit der Führer dieser Organisationen zu folgen. Es geschieht in der Regel, weil die Leiter der Gewerkschaften selber nicht die Zusammenhänge kennen oder weil sie vor dem Kiesenanstand der Aufgabe zurückweichen. Unsere Agitatoren müssen auf diesen Zustand Rücksicht nehmen. Sie dürfen dann nicht versuchen, alle die Fehler der Arbeiterorganisationen zurückzuführen auf eine verkehrte Erziehung. Der Glaube der Arbeiter an die Möglichkeit der kommunistischen Aufkommen wird nicht durch ein maßloses Schmeicheln unserer Genossen auf die kapitalistischen Arbeiterführer, sondern nur durch unsere nach jeder Seite hin- und hergehenden Argumente, durch unsere zweckmäßigsten Maßnahmen, durch unsere den Arbeitelosen verständlichen Vorschläge zur Abhilfe der Not, durch unsere unerschütterliche Geduld, an der Spitze der Arbeiter auch in der heikelsten Kampfsituation gegen das feindliche Reich zu stehen.

Die Werbeweche muß uns auch einen besseren Einblick verschaffen in die Psychologie der Arbeitermassen. Wir müssen die Art und Weise, wie sie denken, verstehen zu den Massen, die auf sie drücken, können lernen. Wir müssen lernen den inneren Wert ihrer Argumente gegen unsere Anschauungen und unsere Taktik abzuschätzen. Wir müssen lernen den Platz zu finden in der Seele des Arbeitelosen, in seinem Bewußtsein, der der Angehörte ist, um den Arbeiter aus seiner Unwissenheit, aus seiner Verwirrung herauszuführen, um ihn von einem hilflosen Willkürer über gut sein, sich schmeicheln Element im proletarischen Kampfe zu einem bewußten

neten aktiven Träger von Kampfernergie und Kampfwillen zu machen.

Die Resultate unserer Werbeweche dürfen sich nicht nur bemerkbar machen in dem unmittelbaren Gewinn von Mitglidern und Zeitungsubskribenten, sie müssen sich zeigen in dem Geist, der die Arbeiter besetzt beim Ausbruch der bevorstehenden Kämpfe und ihrer Einstellung zu den kommunistischen Leistungen und zur Führung der Kämpfe durch unsere Partei. Zeigen sich nicht solche für unsere Partei offen sprechende Wirkungen, dann ist das ein Beweis, daß die Partei die in sie gestellte Erwartung nicht gerechtfertigt hat. Die Werbeweche wird ein Prüfstein sein für die Fähigkeit unserer Organisation, nach einem einheitlichen Plane im nationalen und im internationalen Maßstabe das Proletariat für den Kommunismus zu interessieren und es für den Klassenkampf zu seiner Erziehung zu mobilisieren. Die sich bemerkbar machenden Mängel in der Organisation bei der Durchführung der Werbeweche und bei der Auswertung ihrer Resultate müssen uns gehend behoben werden.

Jedes Mitglied unserer Partei hat in der Werbeweche nicht nur die Möglichkeit, sondern die Pflicht, zu beweisen, daß es den Titel eines Kommunisten verdient. Jeder soll und muß mitwirken seiner Art und nach seiner Fähigkeit und jeder kann mitwirken an dem großen Werk. In der Werbeweche erweist es sich nicht nur für die kommunistische Partei selbst, sondern noch mehr für die Mitglieder anderer Arbeiterparteien und die Arbeitermassen, ob wir uns nur durch tabuläre Phrasen oder durch zielklare Arbeit von den anderen unterscheiden. Wer durch seine Trägheit oder durch schlechte Propagandaarbeit den Erfolg der Werbeweche verfehlet, schädigt diese Aktion nicht nur unmittelbar, sondern die kommunistische Internationale dauernd, weil ein Mißerfolg der Werbeweche Triumph für unsere Gegner ist und uns den Zugang zu den Arbeitermassen häufig schwerer machen wird. Das Ziel unserer ersten Werbeweche ist ein begrenztes. Wir müssen es nicht nur zu erreichen suchen, wir müssen es übersteigen. Jeder Mann an seinem

unmöglich ist die Mannigfaltigkeit der Ausdehnungen, die man in den Untersuchungsgefängnissen anwendet. Die Vernichtungsmassnahmen der Polizei haben die Revolutionäre des nordwestlichen Spaniens heimlich gemacht.

Die spanische Gewerkschaftsbewegung, die ihre stärkste Stütze in Katalonien hatte, die ihre besten Kräfte aus den Fabriken Barcelonas zog, steht in den Gefängnissen. Man vernichtet sie methodisch. Der große nationale Arbeitersbund hat in den Gefängnissen der Kastilien und in den Wäldern von Monbejuich alle seine Gewerkschaftsangehörigen verloren, er ist heute völlig desorganisiert und muß alle seine Aktionen im geheimen vorbereiten.

Der spanische Kapitalismus saßt alle seine Kräfte zusammen, um die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Es bleibt dem spanischen Proletariat, wenn es sich retten will, nur der einzige Ausweg: die Revolution. Aber dazu ist es heute nicht imstande. Nur eine Hilfe von außen kann unsere Genossen befreien. Nur eine Annäherung der Proletarier Europas kann die Gefängnisse von Barcelona öffnen und Alfonso XIII., seine Minister, seine Offiziere, seine Polizeibeamten, die an der Ermordung von 3000 Proletariern schuldig sind, der gerechten Strafe überliefern.

Memals dürfen Luis Nicola Fort und Lucia Noaquina Fort an die Fenster des spanischen organisierten Proletariats ausgeliefert werden!

Widerstand gegen die Mobilisierung in der Tschechoslowakei.

(Prag, 3. November.)

Wie die Zeitung „Sozialdemokrat“ berichtet, finden in sämtlichen Städten Deutschböhmens Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Mobilisierung statt. Die Resolution, die in den Versammlungen zur Annahme gelangt, wendet sich gegen die Kriegsabsichten der Regierung und erklärt, daß die kleine Entente so viele friedliche und wirtschaftliche Waffen besitze, daß mit ihnen der Widerstand der Herrschenden in Ungarn auch ohne Krieg gebrochen werden könne. Es wird gegen den Ausnahmezustand protestiert und die sofortige Aufhebung des Kriegsdienstleistungsgesetzes verlangt.

Eger, 2. November.

Eine Prager Militärabteilung, welche die Werbemusterungen in Eger durchführen sollte, geriet in Streit mit der Bevölkerung, weil sie die übernommenen Pferde nicht bar, sondern mit Anweisungen auf die Steuerbehörden bezahlte. Das Militär wurde von den zornigen Bauern angegriffen und feuerte. Eine große Zahl Toten und Verwundeter sollen auf dem Platze geblieben sein. Man spricht sogar von 40 Toten und 80 Verwundeten.

Die deutsche Regierung als Büttel des englischen Imperialismus.

Mit Lloyd George gegen Irland.

London, 2. November.

Lloyd Georges Rede enthält die Andeutung, daß das Kabinett in der Irirfrage uneinig sei und er zurücktreten würde, wenn die Uneinigkeit zum Scheitern der Konferenz führen sollte. Es scheint, daß die Konferenz die beste Aussicht auf Erfolg hätte, wenn die Grafschaft Ulster einwilligen wolle, daß die zwei Grafschaften Fermanagh und Tyrone, deren Mehrheit es wünschte, an das Dubliner Parlament zurückgehen. Lloyd George erwähnt, die britische Regierung verbanne einen Teil ihres Beweismaterials für die Ablichtung, während des Waffenstillstandes Waffen in Irland zu landen, der deutschen Regierung, und setzte hinzu: „Es ist nur geziemend, das hier zu erwähnen.“

Die deutsche Bourgeoisie hat den Ehrgeiz, die Schamlosigkeit der Welt zu werden. Unfähig, eigene imperialistische Ziele zu verfolgen, da sie im Krieg zusammengeprügelt wurde, sucht sie sich jetzt wie ein Achtgroßchenjunge an die fremden Bourgeoisien anzuhängen. Nichts ist ihr dazu niedriger genug für die spanischen weißen Terroristen spürt sie in Neuföln zwei politische Flüchtlinge auf, kerkert sie ein, um sie auszuliefern.

Jetzt gibt sie sich zum Gehilfen des englischen Militarismus her, der das irische Volk knechtet und mordet. Sie denunziert Lloyd Georges angebliche Waffenlieferungen gegen Irland. Im Weltkrieg suchte Ludendorff die irische Bewegung für seine Ziele auszunutzen. Damals hieß es: „Gott strafe England.“

Heute sagt die Stinnesrepublik: Gott strafe alle Unterdrückten und alle Revolutionäre der Welt. Gott segne die Kapitalsherrschaft auf dieser Erde, gleichgültig ob im „Vaterland“ oder im „Feindesland“.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan Z. Klein

Nachdruck verboten.

Er nahm dies nicht wahr, wußte bloß, daß er sehr verliebt sei und er wäre nicht Abel gewesen, würde ihm bei Lola ein anderer Wunsch gekommen sein, als sie zu heiraten. Doch tat er nicht einmal dies von sich selbst aus. Er erregte sich wie folgt: nach längerem Hofmachen, kostbaren Geschenken und insbesondere nach einer Zeit bis in den Morgen erstreckenden Unterhaltung, da sie schon ziemlich viel getrunken hatten, und fast allein waren, nahm sich Abel Mut und bat Lola:

„Sagen Sie auch mir eine große Grobheit!“

Lola lachte: „Bist du verrückt geworden, Junge?“

Abel war diese Grobheit nicht groß genug, er dachte an eine andere Art. Bat das Mädchen weiter:

„Nur eine so kleintwichtige große Grobheit sagen Sie mir.“

— und er zeigte es an seinem kleinen Finger.

Und Lola zeigte an ihrem noch kleineren Finger:

„Nicht einmal eine so kleine!“

Abel wurde traurig.

Das Mädchen hub nun plötzlich ernst an:

„Aber wissen Sie was? Heiraten Sie mich.“

Er heiratete sie.

Sie führte ein unmaßliches Leben. Abel bekam keine einzige, noch so kleine Grobheit zu hören.

Lola hatte selbst nicht gedacht, daß es sie vor diesem Manne so unüberwindlich esse. Sie war die Tochter schiedlicher Bauern aus den Neuen Bergen, eine Nachfahrin einer mit aufgewähltem Leben, die ihre Mädchenhaft frühzeitig vergeudete, ihre Jugend in den Armen der sie ausschaltenden Männer verbrachte, — doch war sie ein Liebling der Magdinnen gewesen, eine verführte kleine Seidenlauge, der wärtliche, kleine Gegenstand vornehmer, reichhaltiger Vorarbeiten, und dieser Mann war kein Mann, war nicht hoffärtig, arrogant, war

Erchießungen auf der Flucht.

Schluss des Berichts über die Zeugenvernehmungen vor dem Untersuchungs-Ausschuss zu den Märzunruhen.

Zeuge Mechaniker Artur Lichtenberger

war in den Märztagen bei der Schupo und ist aus dieser angeblich wegen „untamerabschafflichen Verhaltens“ entlassen worden.

Vors.: Wollen Sie uns die Vorgänge in Osmünde bei der Erchießung des Ortsvorstehers Rosenhauer schildern? Was haben Sie von den Erchießungen gesehen? Zeuge: Die 2. Hundertschaft blieb vor Besenstedt liegen, wir rückten nach Gröbers ab. Hier wurde Halt gemacht. Wir führen dann nach Schleditz. Etwa 500 Schritt vor Schleditz machten wir Halt. Auf einem Auto befanden sich verschiedene Gefangene, etwa 12 oder 15 Mann, eine Frau war darunter. Ich bin vom Auto heruntergestiegen. Ich sah, wie ein Mann mit stark verbundenem Kopf vom Auto herunterstieg und in den in der Nähe befindlichen Ader ging.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er etwas von der Erchießung eines jungen Mannes weiß, bekundet Zeuge, daß ein junger Mann erschossen worden ist, er weiß aber nicht von welchem Beamten.

Zeuge erzählt dann weiter: Der Mann, den er in den Ader hineingehen sah, fiel mit einemmal in den Ader hinein,

ein Beamter zog seine Pistole, schoß ihn in den Hinterkopf und schleppte ihn dann in einen Graben.

Vors.: Wissen Sie, warum gerade der Mann herausgeschickt wurde? Zeuge: Es wurde erzählt, er hätte sich bei der Mißhandlung eines Wachtmeisters beteiligt. Vors.: Aus welcher Entfernung haben Sie die Erchießung? Zeuge: Vielleicht 50 Meter. Vors.: Haben das noch mehrere gesehen? Zeuge: Ja. Vors.: Waren Offiziere dabei, sind die nicht dagegen eingeschritten? Zeuge:

Ja, Offiziere waren auch dabei. Einschritten ist keiner von ihnen. Sie haben auch nichts dazu gesagt.

Vors.: Erzählen Sie nochmals, wie ging es bei der Erchießung zu? Zeuge: Ich sah einen Mann mit einem verbundenen Kopf vom Auto steigen, er ging in den Ader hinein. Am Rande machte er Halt. Er drehte sich nach der Straße zu um. Auf einmal kam er wieder zurück. Ich sah auf der anderen Seite der Straße ein paar Telegraphenarbeiter daherkommen, die wurden erst vorbeigelassen, dann ging der Mann wieder in den Ader hinein, er lehrte wieder zurück, dann machte ihn Schuß und er stürzte zu Boden. Vors.: Bist der Mann schnell? Zeuge: Nein, er ging langsamen Schritt, er wollte dabei. Die Möglichkeit, daß er entfliehen wollte, bestand nicht. Ich nehme an, daß dem Manne befohlen worden ist, in den Ader hineinzugehen, wieder umzukehren, als die Telegraphenarbeiter kamen, wieder in den Ader hineinzugehen, usw. bis sie durch waren. Ich war etwa 50 Meter davon entfernt, konnte das also gut beobachten. Die ganze Truppe war dabei. Gen. Kilian: Haben Sie die Leiche angesehen? Zeuge: Der Ader hatte einen stark verbundenen Kopf, ich nehme an, er ist mit harten Gegenständen bearbeitet worden. Abg.: Weshalb ging der Mann wieder in den Ader hinein? Zeuge: Ich nehme an, er wurde hineingeschickt. Abg.: Sind Sie schon vernommen worden? Zeuge: Ich bin am Montag wegen dieser Angelegenheit vor das Schwurgericht in Halle geladen worden.

Vors.: Was wissen Sie über Besenstedt? Haben Sie nach dem dortigen Geschehen auch Erchießungen beobachtet? Zeuge: Nein, ich bin nicht in Besenstedt geblieben, ich bin erst später wieder dahin zurückgekommen. Vors.: Weshalb sind Sie von der Schupo entlassen? Zeuge: Ich bin am 30. April aus der Schupo entlassen worden, angeblich wegen untamerabschafflichen Verhaltens. Ich nehme an, daß es deshalb war, weil ich meine Kameraden aufgefordert habe, sich an solchen ungesetzlichen und unmenschlichen Erchießungen nicht zu beteiligen.

Zeuge berichtet noch zur Erchießung Rosenhauers, daß er mit dem Karabiner des Wachtmeisters Wassermann vom Wachtmeister Böhm erschossen worden ist. Er schildert weiter, daß

Leutnant v. d. Lann auch bei der Einnahme des

Leunawerkes zur Erchießung Gefangener angereizt

hat. Ich machte in Leuna die ersten Gefangenen, da fiel ein Schuß auf der anderen Seite des Berges, der, wie sich später herausstellte, von unseren Leuten kam. Die Kameraden nahmen jedoch an, es würde auf uns geschossen. Wir gingen in das nächste Haus, ich holte einen weiteren Gefangenen heraus. Leutnant v. d. Lann fragte den Gefangenen, bei welcher Kompagnie er wäre, der sagte bei der Fünften. Darauf sagte v. d. Lann: „Dann gleich mit ihm an die Wand!“ Darauf sagte ich: „Das können wir nicht tun und das lasse ich auch nicht zu!“ Der Hauptmann Boyen kam dazu und verhinderte die Erchießung des Gefangenen. Gen. Kilian: Sind Ihnen vielleicht die Namen der Gutbesitzer, die in Besenstedt bei der Schupo waren, bekannt? Vielleicht ein Kretherr von Enders? Zeuge: Nein, Namen kenne ich nicht. Aber der Gutbesitzer war wohl aus Besenstedt. Abg.: Wie war das mit dem jungen Mann, der vorher erschossen sein soll? Zeuge: Als wir von Erebitz kamen, brachten Zeitfreiwillige einen jungen Mann, er sollte angeblich bei Holz arbeiten worden sein. Der Gefangene verneinte dies jedoch. Am anderen Tage soll er erschossen und in die Saale geworfen worden sein.

Damit ist die Zeugenvernehmung zu den unter Beweis gestellten Fällen beendet. Der Ausschuss verhandelt dann über seine zukünftige Arbeit.

Genosse Kilian verlangt, daß neue Zeugen über Graumanns

Leiten der Schupo befragt werden.

Mehrere Abgeordnete schließen sich dem an, wünschen aber, daß auch Zeugen der Schupo gehört werden, worauf der Vorsitzende antwortet, daß nur Zeugen gehört werden können, die dem Untersuchungsausschuss genannt werden. Bisher seien von der Gegenseite keine Zeugen genannt worden. Staatskommissar Weismann ersucht, der Staatsanwaltschaft dieses Material zu übergeben. Der Vorsitzende schlägt vor, die Beschlusfassung über den Antrag Kilian auszusetzen und den Beschluß von neu formulierten und detaillierten Beweisansprüchen abhängig zu machen, die die Antragsteller in der nächsten Sitzung vorzulegen haben.

Ein Antrag Liebknecht-Kilian-König verlangt, daß in dem Prozeß gegen Böhm wegen der Erchießung Rosenhauers zwei Mitglieder des Untersuchungsausschusses bestimmt werden zur Teilnahme an der Gerichtsverhandlung. — Weismann meint, daß man das Material den Gerichten abliefern solle. Das Verfahren gegen Leutnant von der Lann und andere Beschuldigte sei eingestellt worden. Nach den hier erfolgten Zeugenvernehmungen müsse das Verfahren wieder eingeleitet werden. Der Untersuchungsausschuss hätte doch jederzeit die Kontrolle über die Verfahren.

Abg. Liebknecht: Man könnte dem Staatskommissar Weismann zustimmen, wenn nicht bereits sieben Monate seit den Vorgängen verstrichen wären. Die Justiz hat verjagt. Die Zeugen sind zum größten Teil noch gar nicht gerichtlich vernommen. Wie lange sollen wir noch warten, wenn wir der Justiz das Material geben? Gerade weil wir der Justiz helfen wollen, dem wirklichen Sachverhalt näherzukommen, müssen wir diese Ermittlungen fortsetzen. Daß auch Zivilleute vernommen werden, ist selbstverständlich. Wenn das bisher nicht geschehen ist, ist das nicht unsere Schuld.

Abg. Kaufmann: Was der Herr Staatskommissar gesagt hat, trifft absolut zu. Die Zeugen in allen Ehren. Aber sie sind zum Teil beeinflusst durch ihre eigene Ueberzeugung, teilweise verärgert. Wenn wir klar sehen wollen, müssen wir die Sache nach allen Richtungen hin beleuchten. Wir wären gezwungen, auch andere Zeugen zu hören, insbesondere über die ungelösten Fälle, in denen Zivilleute aufs schwerste mißhandelt worden sind. Wir müßten die Personen, die als Geiseln festgenommen wurden, auch hören. Wir müßten das ganze Material zusammenziehen, das würde ungeheure Zeit in Anspruch nehmen und schließlich wird das Ergebnis doch nur ein halbes sein. Ich glaube, daß es das Beste ist, nunmehr die Entscheidung der Gerichte abzuwarten.

Abg. Kilian: Ein halbes Ergebnis ist mir lieber als gar kein Ergebnis.

Der Antrag Liebknecht und Gen. wird abgelehnt. Angenommen dagegen der bereits mitgeteilte Antrag Dreher und Gen.

Proletariemörder freigesprochen

Die „Sühne“ für die Märzverbrechen.

Der erste Prozeß, der eine der furchtbaren Untaten der Mitteldeutschen Schupo in den Märztagen sühnen sollte, hat stattgefunden. Der Polizeiuwachtmeister Rudolf Böhm wurde beschuldigt, am 31. März unseren Genossen, den Ortsvorsteher Rosenhauer (Osmünde), zu töten versucht zu haben. Also nicht einmal wegen Mordes, sondern nur wegen versuchten Totschlages wagte die Staatsanwaltschaft eine Anklage zu erheben. Obwohl selbst die rechtsbürgerliche „Saalezeitung“ zugab, daß die Zeugenaussagen außerordentlich beläsend für Böhm seien und von einem Fluchtversuch Rosenhauers nicht die Rede sein könne, obwohl weiter der Schupo-wachtmeister Wassermann eingehend, man habe vorher die Erchießung Rosenhauers in Erwägung gezogen, sprach das Schwurgericht den Mordbuben frei. Man braucht nur die Liste der Geschworenen zu betrachten, um dieses Klassenurteil zu verstehen. Es prangen da Namen wie Rittergutshäupter Behling, Gutbesitzer Schaaf, Bankier Bedold, Bergwerkdirektor Uhlmann, Rechnungsrat Dülzner usw.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem „Fluchtversuch“ Rosenhauers:

„Wie dieser Fluchtversuch aussah, das hat vor dem Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags der Zeuge Lichtenberger, der derselben Schupoabteilung wie der Angeklagte angehört hat, am 26. Oktober folgenmaßen beschrieben: Während eines Haltens des Transports mußte M. vom Weg auf einen Ader gehen. Weil gerade eine paar Telegraphenarbeiter vorbeikamen, wurde M. wieder zurückgerufen. Man wartete dann, bis die Arbeiter vorübergegangen waren, alsdann wurde M. wieder in den Ader geschickt. Raum war M. ein paar Schritte gegangen, so fiel der tödliche Schuß. Auf die Frage des Vorsitzenden Kutner, ob M. etwa gelassen sei, erklärte der Zeuge, dies sei ganz und gar nicht der Fall gewesen. M. sei mit zögernden, langsamen Schritten gegangen.“

Trotz dieser eindeutigen Feststellung ist der Mordgehilfe Böhm freigesprochen worden.

nicht vornehm, impofant, verstand gar nicht in ihrer Sprache zu reden, war demütig, tragisch verklebt, ein Jude. Sie verabscheute ihn. Vergeblich war sie an seinem Arm in das Palais eingezogen, als Herrin des reichen, überladenen Hauses, sie verabscheute ihn. Und auch wegen seines Reichtums verabscheute sie ihn. Und sie hatte ihn heilig, insbesondere deshalb, weil Abel, der Unglücks Mensch, eifersüchtig war, sie einperrie, sie nirgendhin führte, ihr die einstufige Luft entzog, die einstufige Gesellschaft, sie zur Sklaverei verbannte. Dies vermochte sie nicht zu ertragen. Sie besaß alles, was Reichtum ist, doch war dies ein anderes Leben, als das ihre, an das sie gewöhnt war, nach dem es sie verlangte. Aber sie war klug, besaß die Klugheit des Raubtierweibchens, und wollte das Vermögen, das sie erkräftigt hatte, nicht loslassen. Und sie hielt hartnäckig neben dem verabscheuten und verachteten Mann aus. Sie war von maßloser Erene, sah dabei, versperre sich aber gleich in den ersten Tagen ihrer Ehe in ihrem eigenen Appartement, zog sich hochmütig zurück und qualte Abel mit den unmaßlichen Lannern.

Wie ein sanftes großes Kind, so bildete Abel und gefand es sich nicht einmal, wie ein Mann er war. Ein dunkelbes, demütiges Mädchen lag auf seinem etwas rundlich werdenden Gesicht, — auch die Dienerschaft sprach von ihm nur so: armer gnädiger Herr, was für ein guter Mensch er doch ist. . . . Nicht mit der Frau empfanden sie Mitleid, obwohl diese an dem neuen Leben ernstlich erkrankte. Sie führte sich schon wochenlang nicht aus dem Zimmer, nahm hanfenartige Medicamente ein, war nicht mehr werb, sondern gelb, ein von Schwindelfällen geplagtes behinzelndes, krankes gelbes Tierchen.

Querschnitt ihr Abel einen Affen, ein tierisches, kleines Wesen, in der Hoffnung, dieses werde den Familienfrieden wieder herstellen. Aber weil an diesem Affen gerade diese Erwartung geknüpft war, bildete ihn Lola nicht bei sich, warf ihn hinaus. Die Idee jedoch war gut. Lola wollte nun Tiere haben, Tiere, die sie zu Liebe hüten konnte. Und so begann denn im Palais die Herrschaft der Tiere. Querschnitt zog zwei Dachhunde ein, und von nun an bröhte sie die ganze Hausordnung, das ganze Leben, um diese. Sie hatten ein eigenes Zimmer, einen eigenen Pfleger, eigene Gerichte wurden für sie

zubereitet, und Lola bediente sie eigenhändig, Abel durfte für die Hunde nur die ganz gewöhnlichsten Arbeiten verrichten. Einer größeren Gnade wurde er nicht teilhaftig. Doch herrte er auch auf betrieblige vollkommen hallmäßige Aufträge glücklich.

Nach den Dachhunden kam ein kleiner Seidenpintsch, dann ein alter Kalabu, eine ganze Schar Kanarienvögel, und schließlich zwei Küden. Sie lag mit den Küden auf dem Diwan zusammengesauert, so daß das Stubenmädchen von ihr mit heftigen Gelächern bereits sehr üble Dinge zu erzählen begann. Eines Tages wurde eines der Küden von einem besonders schweren Unheil getroffen. Es erkrankte, ein Tierarzt wurde gerufen. Man mußte es operieren, brachte es im Auto nach der tierärztlichen Hochschule. Lola war mit Abel aufzuziehen, er half mit so viel Sorgfalt und so großer Aufmerksamkeit bei der Operation, und auch sonst während der ganzen Krankheit. Es ist nun einmal so, eine schwere Krankheit macht die Menschen geduldiger und bringt sie einander näher. Abel errang sich Solas Gunst in hohem Maße: er durfte am Krankenbett abwechselnd mit Lola wachen. Ja, sie kam sogar eines Nachts, da er rastete, zu ihm, an sein Bett, und weckte ihn auf. Da er erwachte, sah er, daß sich seine Frau über ihn neigte, und er wollte sie voller Entzücken bereits umarmen.

„Steh rasch auf!“ — hörte er in diesem Augenblick Solas erkundene Stimme — „Du mußt fortgehen.“

„Was geschah, um Gotteswillen!“ — rief Abel verzweifelt aus, rasch nach den Kleidern greifend.

„Der Patient geht es sehr schlecht!“ — jammerte Lola, — „Ich glaube, er ist am Sterben!“

„Juchhe!“

(Fortsetzung folgt)

Breslauer Nachrichten.

Trauerfeiern für Oberschlesien.

Die bürgerlichen Zeitungen melden:

Die Handelskammern der Provinz Niederschlesien wenden sich an sämtliche gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen ihrer Bezirke mit der Aufforderung, zum Zeichen der Trauer um den Verlust der wertvollsten Teile Oberschlesiens am Freitag nachmittag von 4 Uhr ab ihre Betriebe geschlossen zu halten. Am gleichen Tage soll auch die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten unterbleiben.

Wir verstehen den Schmerz der Breslauer Kaufmannschaft um den Verlust ihres hauptsächlichsten Absatzgebietes. Wir wissen aber auch, daß nicht durch auf Halbmaß geschnittene Fahnen, durch Trauerfeiern eine Besserung eintritt. Gerade die Vertreter des Handels haben durch ihre Kriegspolitik, durch ihre Annektionswut zu dem jetzigen Zustand beigetragen. Jetzt trägt der „deutsche“ Eroberungsgeiz seine bitteren Früchte. Polen wird auch mit Hilfe des ihm zugesprochenen Teiles von Oberschlesien sich nicht retten vor seinem wirtschaftlichen und politischen Untergang; ebensomenig wie das kapitalistische Deutschland gesundet wäre, wenn Oberschlesien ungeteilt bei ihm geblieben wäre.

Erst wenn die Grenzpfähle fallen, wenn die Proletarier aller Zungen, geführt auf ihre Macht Weltwirtschaft betreiben, wird auch das ober-schlesische Problem und damit das Problem der „Gesundung Deutschlands“ gelöst werden.

Aus der Provinz.

Generallstreik der schlesischen Landarbeiter?

Der vorgestern schon gemeldete Landarbeiterstreik nimmt immer größeren Umfang an. In den Kreisen Striegau, Rimpfisch, Goldberg, Gannau und Lüben hat die gesamte Landarbeiterschaft die Arbeit eingestellt. Kottbusarbeiten werden verrichtet. Im Kreise Sagan wird die Arbeit wahrscheinlich am heutigen Tage eingestellt. Es besteht die Möglichkeit, daß in den nächsten Tagen circa 60 000 Landarbeiter im Streik stehen werden. Inzwischen haben auf Veranlassung des Oberpräsidenten und unter Hinzuziehung der beiden Regierungspräsidenten, sowie Vertretern der Arbeitgeber und Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes Verhandlungen stattgefunden, nach denen zu erwarten steht, daß der Streik noch im Laufe der Woche beigelegt wird.

Die gepeinigten und geplagten Landknechte, die ihren Herren, den reaktionären Junkern, Millionen erbringen, wollen ihr Joch abwerfen. Nicht zuletzt ihre Organisation ist schuld daran, daß der Streik zu einer ungünstigen Zeit stattfindet. Als während der Ernte Zeit freilich ausbrachen, wurden diese von den Besitzern unter Hinweis auf die Nahrungsmittelnot abgewürgt. Die Landarbeiter mühten aber, wollten sie nicht verhungern, zum letzten Mittel greifen. Die Großgrundbesitzer, die ein ganzes Heer von Tagelöhnen in den Arbeitsgemeinschaften durchfüttern, die Millionen übrig haben, um die Monarchie wieder herzustellen, haben nur Verachtung und die Hundepfeife für ihre Klagen übrig.

Wenn jetzt hohe Regierungsstellen mit all ihrer Weisheit vermitteln wollen, dann dürfen sich die Landarbeiter nicht einlassen. Sie müssen jetzt auf ihren Forderungen beharren und müssen die Solidarität der Industriearbeiter anrufen. Die Arbeiter in Stadt und Land, die in gleicher Weise unter dem Joch der Krone und Schlotbarone leiden, gehören zusammen. Sie allein schaffen die Werte. Sie müssen als Ziel im Auge behalten, den direkten Austausch der Land- und Industrieprodukte unter der Kontrolle der Arbeiter.

Es wird den Reaktionen nicht gelingen, der Stadtbevölkerung weis zu machen, daß der Landarbeiterstreik ein Zeichen der Vertreibung der Milch, an der Kartoffelnot ist. Die Industriearbeiter wissen, daß nur innigste Zusammenarbeit mit den Klagen vom Lande ihre Befreiung herbeiführen wird. Deshalb werden sie den Streik mit allen Mitteln unterstützen.

Unsere Aufgaben in Schlesien.

Zum Bezirksparteitag in Clegau.

Der Parteitag für den Bezirk Schlesien tritt ziemlich spät zusammen. Dies hat vor allem seinen Grund darin, daß Polizei und Justiz kein Mittel verschmähen, um die Arbeit der verhassten Kommunisten unmöglich zu machen. Daß den Reaktionen dies nicht gelungen ist, beweist der Geist, der trotz aller Anfeindungen noch immer in den Genossen heilt. Die Stürme nach der Märzaktion, nach den unzähligen Verhaftungen haben es nicht vermocht, die wirklichen Revolutionäre wankelmütig zu machen, noch das Vertrauen weiterer Arbeiterkreise zu erschüttern.

Der Bezirksparteitag tritt zusammen in einer Zeit scheinbarer wirtschaftlicher Blüte. Diese „Prosperität“ wird begleitet von einer gewaltigen Fenerungsquelle, die am Grund der Selbstverleugung, der wahnsinnigsten Vorjappelation jede Lohnerhöhung im Handumdrehen illusorisch macht.

Gerade in Schlesien hat das Bezirksbüro der KPD in den Monaten Juli-August eine große Propaganda entfaltet für die „Weltmarktlöhne“. Die Gewerkschaften setzen sich theoretisch auf den Standpunkt, daß entsprechend dem wirklichen Wert der Arbeit die Löhne gezahlt werden sollen. Die Gewerkschaften haben aber diese Forderung nicht einmal versucht, in die Tat umzusetzen. Die Gewerkschaften können dies nicht, weil sie noch immer auf dem Standpunkt des Zusammenarbeitens mit den Kapitalisten stehen. Die Gewerkschaften fühlen sich auch heute noch berufen, für den Nutzen einer Wirtschaft zu sorgen, die mitten im Zusammenbruch steht. Die Gewerkschaften und die Parteien, die sich noch immer mit den Kapitalisten verbrüdern, um dem „ Vaterland“ zu helfen, werden sich mit den Millionen Arbeiter nicht in den Abgrund reißen.

Deutschland wird in den nächsten Monaten von schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen erschüttert werden. Die Forderungen der

Kommunisten nach Zusammenfassung der Lohnkämpfe, nach der Kontrolle, der Übernahme der Produktion durch die Arbeitenden, nach direktem Austausch der Produkte zwischen Stadt- und Landproletariat werden für den Widerstand, werden Annahme finden, weil es keinen anderen Ausweg gibt. Die Arbeiter in den Betrieben, in den Gruben, auf dem Lande werden einsehen, daß nicht mit für Monate abgeschlossenen Tarifen mit unzureichenden Teuerungszulagen ihrer Not gesteuert werden kann.

Die wirtschaftliche Scheinblüte, die basiert auf der Entwertung der Mark, die mit herbeigeführt hat eine kolossale Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern, macht es der deutschen Regierung unmöglich, ihre Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen. Sie wird nicht in der Lage sein, den deutschen Haushalt auf halbem Wege feste Füße zu stellen. In aller nächster Zeit werden im Reichstag heftige Kämpfe über neue Steuern geführt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Diesem parlamentarischen Kampf müssen wir den nötigen außerparlamentarischen Rückhalt geben.

Die „schmerzlose“ Lösung des ober-schlesischen Problems hat den monarchistischen Reaktionen den Wind etwas aus den Segeln genommen. Die Selbstschutzorganisationen, Arbeitsgemeinschaften und Mörderorganisationen bestehen lustig weiter, aller Verfassung zum Hohn. Die scheinbare Ruhe darf insbesondere uns Kommunisten nicht abhalten, mit aller Energie diese Bewegung zu verfolgen und gegen sie anzukämpfen.

Die wie oft „auseinandergefallene“ kommunistische Partei geht also einer Zeit entgegen, in der für ihre Forderungen, für ihre Ziele die günstigsten Aussichten bestehen. Die Partei kann aber ihre Ziele nur verteidigen und durchführen, wenn sie sich nicht auf den nötigen Rückhalt in den Betrieben, in den Gewerkschaften und im öffentlichen Leben. Diesen Rückhalt gibt uns eine keinerlei Schwankungen unterworfen, gut disziplinierte Organisation. Wir wissen, daß in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen große Massen der Arbeiter zu uns gekommen sind. Es ist uns nicht gelungen, diese Massen reiflos zu halten. Damit wir in der Lage sind, die Massen über ihre Not aufzuklären, die zu uns kommenden zu halten, müssen wir zunächst Sorge tragen, daß die jetzt organisierten Kommunisten mit dem nötigen Rüstzeug ausgestattet werden, um vor allem dort, wo es noch nicht der Fall ist, eine Organisation zu schaffen, die auf beiden Füßen steht. Unsere Genossen haben dafür zu sorgen, daß alle unsere Mitglieder wirkliche Kämpfer sind. Um Kommunist zu sein, ist es notwendig, daß jeder einseht, daß auch die kleinste Arbeit nicht unnütz ist.

Unser Hauptgewicht müssen wir auf die Arbeit in den Betrieben, in den Gruben und in den Gewerkschaften legen. Der Beschluß des Jenaer Parteitages beweist zur Genüge, wie ernst die Partei diese Arbeit nimmt. Es genügt aber nicht, daß unsere Genossen ab und zu Zeitungen und Flugblätter in den Betrieben verteilen. Sie müssen selbst aktiv mitarbeiten. Sie müssen durch ihr Auftreten, dadurch, daß sie nicht schimpfen, sondern bei jedem großen oder kleinen Streitfall wissen, was in dem Augenblick im Zusammenhang mit der Außenwelt zu tun ist, um das Vertrauen der Kollegen und Kameraden zu gewinnen. Die Kommunisten dürfen sich nicht auf den Standpunkt stellen, die kleinen Vertrauensstellungen der Gewerkschaften in den Betrieben anderen zu überlassen. Wenn sie als Kommunisten immer handeln und von ihren Kollegen eine Vertrauensstellung oder einen Betriebsratsposten erhalten, müssen sie ihn mit ihrer ganzen Kraft ausfüllen.

Dadurch gewinnen wir den richtigen Einfluß in den Gewerkschaften und können dort unsere Forderungen in die Tat umsetzen. Wenn die Gewerkschaftsbürokraten sehen, daß die Arbeiter in den Betrieben mit ihrer Latit zufrieden sind, indem sie ihnen genessene Kollegen wählen, werden sie ihre arbeitgemeinschaftliche Tendenz nicht ändern. Deshalb intensivste Arbeit in den Betrieben, den Gewerkschaften, in den Ortsgruppen. Wenn so der Bezirk in die Lage versetzt wird, diese wohlgeschulten Kräfte zusammenzufassen, können wir auch die Massen, die auf Grund der kommenden Kämpfe, auf Grund unserer Agitation und Propaganda zu uns kommen, halten und sie mit dem wahren Kampfsgeist erfüllen.

In Schlesien besteht eine starke Sozialdemokratische Partei. Im Breslauer und im Waldenburger Bezirk bestand vor dem Görlitzer Parteitag eine starke Opposition gegen das neue Programm und 3. L. auch gegen ein Zusammengehen mit Stinnes. Die Beamten der SPD haben es verstanden, daß in diese Wogen zu greifen; man hört jetzt nichts oder nur wenig von einer Opposition. Der Klassenkampfstandpunkt insbesondere der Waldenburger SPD ist verschwunden. Die Aufgabe der SPD ist es, die Massen, die

der SPD nachlaufen in dem Wahne, wirklich einer Arbeiterpartei anzugehören, über die Zwitterstellung dieser Partei aufzuklären. Wir müssen ihnen klar machen, daß es kein Partieren mit Stinnes geben kann, daß nur ein einzig und klar das Bürgertum als Todfeind betrachtet werden muß, auf den rücksichtslossten Klassenkampf eingestelltes Proletariat diesem Chaos ein Ende bereiten kann. Wir dürfen die Massen der SPD-Arbeiter nicht als unsere Feinde betrachten. Auch unter ihnen gibt es viele, die mit den „Laten“ ihrer großen Kanonen nicht einverstanden sind. Große Teile der SPD-Arbeiter können bloß nicht einsehen die Notwendigkeit ihrer Lösung von einer Organisation, die eine große Vergangenheit hat, die aber herabgesunken ist zu einer Partei mit kleinbürgerlichen Tendenzen, die in ihrer Verarmtheit auf das Wort „Demokratie“ unrettbar dem Bürgertum verfallen ist. Die Aufgabe der Kommunisten wird es sein, die SPD von Arbeitern zu säubern, sie zu uns herüberzuführen. Wenn auch die SPD-Führer über diese Verarmtheit lächeln werden, so wird sie doch die nächste Zukunft eines anderen befehlen.

Eine besonders wichtige Aufgabe hat die Partei in Schlesien in der Erfassung des Landproletariats. Diese im Joch der reaktionären Barone seufzenden Klaven, die in großen Scharen zum sozialdemokratischen Landarbeiterverband kamen, dort Rettung erhofften, gilt es zu revolutionieren. Nicht zuletzt als Gegengewicht gegen die Krüftungen der Konterrevolution und ihren geheime Militärororganisationen. Die allgemeine Verteuerung, der Tiefstand der Mark wird den Agrariern Veranlassung geben, ihre Waren über die Grenzen zu schmuggeln. Die Parole: Direkter Austausch zwischen Stadt und Land, Befreiung der unerhörten Ausbeutung, der standalösen Wohnungsverhältnisse, der viel zu langen Arbeitszeit wird Anklang finden. Unsere Genossen in den Städten müssen systematisch die Propaganda auf das Land tragen.

Die Grundlage der Partei, das Sprachrohr und die Leiterin all der kommenden Kämpfe, unserer Arbeit in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Genossenschaften, unter den Frauen und in den Ortsgruppen ist die Presse. Es ist nicht meine Aufgabe, die Fehler und Mängel unserer Zeitung zu beschönigen oder noch mehr zu kritisieren. Alle Kritik kam hinaus auf den einen Wunsch: Schafft eine eigene in Schlesien selbst hergestellte Zeitung.

Nach der Märzaktion ist es den Behörden der Republik gelungen, uns die Druckerei abzutreiben. Wir mußten, ob wir wollten oder nicht, zu dem Ersatzmittel eines Kopfblattes greifen. Auch dieses wurde uns wochenlang beschlagnahmt. Die unermüdete Arbeit unserer Genossen hat es ermöglicht, daß wir Ende unserer Genossen hat es ermöglicht, daß wir Ende August den alten Stand unserer Auflage vor der Märzaktion wieder erreicht haben. Trotz Kopfblatte, trotz Unzufriedenheit unserer Genossen hat die Werbeweche Ende Oktober ungefähr 550 neue Abonnenten gebracht. Ein Zeichen, daß es in Schlesien trotz alledem vorwärts geht. Die Zentrale hat dies auch eingesehen. Wir können jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß Anfang Dezember unsere „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wieder in Breslau gedruckt wird. Wir werden also in der Lage sein, unsere Zeitung aktuell zu gestalten. Wir werden durch besondere Beilagen die Frauen- und Jugendbewegung, unsere Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft behandeln können. Voraussetzung einer wirklichen kommunistischen Zeitung ist, daß der größte Teil des Inhalts von den Arbeitern selbst geschrieben wird. Unsere Genossen in den Ortsgruppen, in den Betrieben haben sich also schon jetzt mit dem Gedanken einer intensiven Mitarbeit vertraut zu machen. Wenn jetzt Beschwerden über mangelhafte Berichterstattung kamen, dann lag es nicht zuletzt daran, daß viele Berichte ihre Aktualität verloren dadurch, daß sie erst nach Berlin mußten, jener daran, daß wir nicht über genügend Platz verfügten. Das wird Anfang Dezember anders werden. Unsere Genossen sollen dann dauernd über alle Vorkommnisse, die im Zusammenhang mit dem proletarischen Leben an ihrem Ort passieren, berichten. Die Zeitung wird dann tatsächlich zu dem werden, was es sein soll, das Sprachrohr des proletarischen Kampfes. Die eigene Zeitung in Breslau wird uns auch in die Lage versetzen, der Frage einer besonderen Zeitung für das wichtige Waldenburger Revier näherzutreten.

Wenn der Bezirksparteitag so vorwärtschauend allen kleinen Streit, alle Mängel der Vergangenheit beiseite schiebend arbeitet, dann wird er die Gewähr bieten für ein zielklares kommunistisches Arbeiten in Schlesien. Mögen die Delegierten sich dieser Aufgabe bewußt sein. —Asch.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlags- und Druckerei: Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1936 und 1937.

Private u. Händler

haben äußerst preiswert und spezialisiert gut

Erusso - Waschpulver

Preis 1.75

Schmierseife

Preis 2.50

Kernseife

sowie

und **Kamerschmalz**

Salz Pfd. M. 0.35

Soda Pfd. M. 0.35

Ullac, Lederlack

Schmiercreme

Georg Zöhrer

Markenstraße 14

Zeltgarten

Täglich 7-11 Uhr

Das glänzende

Wirtlich-Programm

Sonntag

12-11 Uhr

Große Matinee

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschützorganisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.

Montag, 7. November, abends 7 Uhr

findet im Zentralballsaal, Westendstr. 50-52 eine

Öffentl. Gedenkfeier

zu Ehren der siegreichen russischen Revolution statt.

Arbeitergesang — Ansprache — Rezitationen.

Zugunsten der hungernden Brüder in Rußland

wird 2.00 Mark Eintritt erhoben.

Arbeiter-Komitee, KJ. KPD, Breslau.